



GKKE

Gemeinsame Konferenz
Kirche und Entwicklung

Joint Conference Church
and Development

Bundespressekonferenz 17.12.2018, 10.30 Uhr

GKKE-Rüstungsexportbericht 2018

Statement von Prälat Dr. Karl Jüsten

Katholischer Vorsitzender der GKKE

Es gilt das gesprochene Wort.

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Bundesregierung hat in ihrem Koalitionsvertrag Anfang des Jahres erklärt, dass sie die Rüstungsexportrichtlinien noch 2018 verschärfen und ab sofort keine Ausfuhren an Länder genehmigen werde, solange diese am Jemenkrieg beteiligt sind.

Die Bilanz, die wir nach einem dreiviertel Jahr ziehen, ist ernüchternd. Entgegen aller Ankündigungen ist nicht zu erkennen, dass die Bundesregierung dem Ernst der Rüstungsexportpolitischen Fragen gerecht wird. Die angekündigte Verschärfung der Rüstungsexportrichtlinien ist nicht in Sicht, von einer Verschärfung im Jahr 2018 ganz zu schweigen. Zudem scheint die Bundesregierung nicht an einer Fortsetzung des Rüstungsexportpolitischen Dialogs, den seinerzeit Bundesminister Gabriel begonnen hatte, interessiert zu sein.

Dies zeigt sich in besonderer Weise an den Rüstungsexporten an die sogenannte Jemen-Koalition und Saudi-Arabien im Besonderen. Die im Koalitionsvertrag angekündigten Restriktionen werden durch die Zusicherung eines sogenannten Vertrauensschutzes für Unternehmen entwertet. Dieser führt faktisch zu einer Fortsetzung der Rüstungsexporte an die Jemen-Koalition. Die GKKE verurteilt diese Rüstungsexporte – und insbesondere die Genehmigungen von Patrouillenbooten, die den Großteil ausmachen - aufs Schärfste.

Die von Saudi-Arabien angeführte Koalition führt ihren Krieg im Jemen nach wie vor unter grober Missachtung des Völkerrechts. Die VN sprechen von einer humanitären Katastrophe, von der ca. 20 Millionen Menschen betroffen sind. Die völkerrechtswidrige Seeblockade gegen den Jemen hat daran einen wesentlichen Anteil. Es kann nicht ausgeschlossen werden, dass auch die Patrouillenboote aus Deutschland an dieser Seeblockade beteiligt sind. Mit ihren Exporten trägt die Bundesregierung zur humanitären Katastrophe bei.

Mehr noch: Sie fördert auch den Bruch des Völkerrechts. Während selbst Teile des US-Kongresses die Kriegskoalition in Frage stellen, verstößt die Bundesregierung mit ihrer Exportpolitik gegen die völkerrechtlich verbindlichen Regeln des Arms Trade Treaty, gegen den Gemeinsamen Standpunkt der EU zur Ausfuhr von Militärgütern und Militärtechnologie sowie gegen das Kriegswaffenkontrollgesetz. Nicht zuletzt missachtet die Bundesregierung ihre eigenen Grundsätzen sowie die Leitlinien zur Krisenprävention und Friedensförderung.

In einer Zeit, in der die regelbasierte Internationale Zusammenarbeit in der Krise ist, gewinnen diese Verstöße einen zusätzlichen Ernst. Die GKKE fordert daher die Bundesregierung auf, alle bereits erteilten Genehmigungen an die Staaten der Kriegs-Koalition sofort zu widerrufen und endlich eine wirklich restriktive Rüstungsexportpolitik zu betreiben. Alles andere wäre unverantwortlich.

Die Bundesregierung hat im November 2018 auf die Ermordung von Jamal Kashoggi mit einem zweimonatigen Lieferstopp für Rüstungsexporte an Saudi-Arabien reagiert. Aber es ist nicht mit einem vorübergehenden kurzfristigen Stopp der Exporte getan. Vielmehr ist eine grundsätzliche Wende der Rüstungsexportpolitik erforderlich. Denn im Ernst: Der Bundesregierung musste auch schon vor dem Fall Kashoggi bekannt gewesen sein, mit wem sie es in Saudi-Arabien zu tun hat.

All dies macht mehr als deutlich, dass Deutschland dringend ein Rüstungsexportkontrollgesetz benötigt.
